

vorzutragen, oder ob ich sie erst bei den betreffenden Paragraphen einschalten soll.

Präsident D. Haase: Der geehrte Abgeordnete würde sich bloß auf den ersten Punkt zu beschränken haben.

Abg. Schumann: Ich erlaube mir, nur noch eine allgemeine Bemerkung hinzuzufügen; es scheint mir nämlich, daß der Deputationsbericht und das Decret beide in der Ansicht übereinstimmen, es sei zweckmäßig, alle Ueberschüsse so schnell als möglich in Bauten anzulegen. Ich zweifle, daß diese Ansicht richtig ist; denn erstens baut der Staat am Theuersten, unterhält am Kostspieligsten und die Baue misrathen nicht selten, wie die leipziger Aula beweiset. Ich glaube vielmehr, daß man vorhandene Verwaltungsüberschüsse in diesem Augenblick mit mehr Recht zur Erleichterung einer vor Kurzem von der Ungunst der Witterung und den verheerendsten Bränden heimgesucht gewesenen und unter dem Druck schlechter Handelsconjuncturen seufzenden Bevölkerung anwenden würde. Meine übrigen Bemerkungen werde ich vortragen bei den einzelnen Postulaten.

Abg. v. Bezschwig: Es ist zunächst meine Absicht, nur über das jetzt in Rede stehende Postulat von 8000 Thln. für Markneukirchen und Elsterberg zu sprechen. Ich kann mich nur von Herzen dafür verwenden und daran den Wunsch knüpfen, daß die in dem letztverfloffenen Jahr ebenfalls durch sehr bedeutende Brände heimgesuchten Orte, insonderheit die Städte Camenz, Dschak und Sayda, auch solche wohlwollende und wohlthätige Gesinnungen wie Markneukirchen und Elsterberg von der hohen Staatsregierung und der hohen Ständeversammlung erfahren mögen! Es ist schon von dem Herrn Abg. Hensel und von dem Herrn Referenten angeführt worden, wie Camenz auch sehr im Nothstand sich befinde, und daß daselbst sämtliche Wohnungen der Geistlichen und Lehrer bis auf das Diaconat, sowie die Schule ein Raub der Flammen geworden sind, auch eine Kirche sehr bedeutend beschädigt worden ist. Es war meine Absicht, auch Camenz wohlwollender Berücksichtigung zu empfehlen! Uebrigens erkläre ich mich mit dem Deputationsgutachten hinsichtlich der für Markneukirchen und Elsterberg postulirten 8000 Thlr. vollkommen einverstanden.

Abg. Oberländer: Ich möchte dem, was der Abg. Schumann gesagt hat, allerdings in gewisser Beziehung beipflichten; ich kann mich auch im Allgemeinen weder mit dem Decret der Staatsregierung noch mit dem Deputationsgutachten einverstanden erklären; ich wiederhole hier im Allgemeinen; denn es kann mir nicht beikommen, einzelnen durch Zweckmäßigkeit und frühere Stipulationen gerechtfertigten Forderungen meine Zustimmung zu versagen. Ich halte allerdings auch dafür, daß durch die also beantragte Verfügung über die Cassenbestände und Ueberschüsse dem Budjet gewissermaßen vorgegriffen werde. Soviel ich bis jetzt Haushaltspläne und Rechnungen, groß und klein, einzusehen Gelegenheit gehabt, habe ich überall gefunden,

daß sich die Einnahme mit dem Capital, Ueberschüssen, Beständen aus vorigen Jahren anfängt. Ich habe nun keinen haltbaren Grund ausfindig machen können, warum es beim Staatshaushaltsplan nicht ebenso gehalten werden könne. Es würde sich auch hübsch ausnehmen, wenn das Budjet der Staatseinnahmen begönne mit einem Nenner mit sechs Nullen, und wie z. B. im gegenwärtigen Fall mit der bedeutenden Summe von fast dreihalb Millionen Thalern. Damit ließe sich wohl Manches anfangen; und Alles, was nothwendig, nützlich und wohlstandig, der Würde der Krone und des Volks angemessen wäre, könnte und würde sicherlich nicht unwillig bleiben. Ich brauche nur, um bei den Beispielen des gegenwärtigen Decrets stehen zu bleiben, an die, auf früheren ständischen Beschlüssen beruhende Betheiligung des Staats bei den Eisenbahnen und an die durch die höchste Billigkeit gebotene Unterstützung der durch Feuerunglück ruinirten Gemeinden zu erinnern. Ich habe ferner die Ueberzeugung, daß, wenn der Betrag der Cassenbestände bei dem Einnahmehudjet in Aufrechnung käme, die Staatsbürger dabei besser wegkommen würden; denn es will mich doch bedünken, als ob es mit den Bewilligungen auf dem uns vorgezeichneten Wege nicht so genau genommen werde; man denkt eben, es sind Ueberschüsse, und hält sich halb berechtigt, halb verpflichtet, bei den Bewilligungen etwas liberal zu Werke zu gehen. Und doch haben wir eben jetzt alle Ursache, auf Erleichterung, auf Verminderung der öffentlichen Abgaben durch Einschränkung des Staatsaufwandes in allen Verwaltungszweigen hinzuwirken. Die Regierung, in ihrem zeitherigen Geiste fortschreitend, hat ihrerseits diese Ansicht an mancher Stelle bereits werththätig bewiesen. Allein trotz dem und trotz des sechsunddreißigjährigen Friedens *) lastet auf uns noch die fortwährende fast ungeschmälerte Unterhaltung der stehenden, das Mark der Staaten aufzehrenden Heere, und statt der Ermäßigung der öffentlichen Abgaben haben wir fast überall dieselben Lasten wie im Kriege. Nach den Mittheilungen der Staatsregierung in den Landtagspropositionen reichen die jetzt bestehenden Zuchthäuser nicht mehr hin, um alle diejenigen zu fassen, die als Recruten dahin verwiesen werden. Es müssen auch jetzt wieder, wie schon früher wiederholt, bedeutende Summen darauf verwendet werden. Nun sollte ich glauben, daß sich darin ein blühender Zustand des Landes gerade nicht ausspreche. Ich finde diesen nämlich nicht in den gefüllten Staatscassen, sondern in dem allseitigen intellectuellen und materiellen Wohlbefinden, wie in den gefüllten Beuteln der Staatsbürger. Fast möchte ich sagen, das Volk trat wohlhabender und zufriedener aus dem Kriege in den Friedenszustand, als es sich jetzt nach langjährigem Frieden befindet. Ist diese Ansicht richtig und habe ich nicht mit zu grellen Farben aufgetragen, so liegt darin eine dringende Aufforderung an die Kammer, Hand anzulegen an das große Werk möglichster Einschränkung. Der Wohlstand des Bürgers, besonders aber auch der des Landmanns, ist in der That bedeutend gesunken. Deswegen ertönt auch jetzt na-

*) Der Sprecher hat die Redaction ersucht, zu bemerken, daß er sich bei dieser Zahl versprochen habe.